



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,*

in der neuesten Ausgabe meines Berichts aus Berlin informiere ich Sie wieder über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin und gebe Ihnen einen Einblick über meinen Einsatz für Mannheim. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Ihr

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. *Gesetz zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten*
2. *Auslandseisätze der Deutschen Bundeswehr*
 - *Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali)*
 - *Operation EU NAVFOR Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias*
3. *Relevantes aus Mannheim und Region*

1. Gesetz zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten.

Die Bundesrepublik Deutschland sieht sich der seit ihrem Bestehen bei weitem größten Zahl von Menschen gegenüber, die hier um Asyl nachsuchen. Täglich sind es mehrere tausend Menschen, allein im Oktober 2015 wurden über 180 000 Asylsuchende registriert. Darunter sind immer noch viele, deren Asylanträge von vornherein sehr geringe Erfolgsaussichten haben. Diese Anträge sollen daher zügiger bearbeitet und entschieden werden, so daß im Falle einer Ablehnung auch die Rückführung schneller erfolgen kann. Eine Möglichkeit hierzu bietet die Einstufung von Staaten als sichere Herkunftsstaaten. Zudem hat die Einstufung der Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten gemeinsam mit anderen Maßnahmen der Bundesregierung zu einem erheblichen Rückgang der Asylsuchenden geführt.

Aus diesem Grund beschließen wir ein Gesetz in zweiter und dritter Lesung, mit dem die Asylverfahren von Staatsangehörigen der Staaten Demokratische Volksrepublik Algerien, Königreich Marokko und Tunesische Republik deutlich beschleunigt werden können, indem diese Staaten als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Dadurch wird die effektive Aufenthaltsdauer in Deutschland von Flüchtlingen aus diesen Ländern verkürzt und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entlastet. Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung des Bundesrates.

2. Auslandseinsätze der Deutschen Bundeswehr

- **Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali).**

Seit Herbst 2015 hält der Waffenstillstand zwischen Rebellen und Regierung in Mali, dennoch ist der malische Staat noch nicht in der Lage, sein Staatsgebiet vollständig zu kontrollieren. Die deutschen Kräfte leisten im Rahmen der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali einen Beitrag zur Wiederherstellung der militärischen Fähigkeiten der malischen Sicherheitskräfte. Der Bundestag stimmte über den Antrag der Bundesregierung, den Einsatz zu verlängern, in namentlicher Abstimmung ab. Im Zuge der Übergabe der Missionsführung von Deutschland an Belgien im Juli 2016 wird die deutsche Mandatsobergrenze von 350 auf 300 Soldaten gesenkt.

- **EU NAVFOR Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias.**

Mit der Operation ATALANTA sorgt Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern seit 2008 für die Sicherheit vor der Küste Somalias. Seit Beginn der Mission sind die Piratenangriffe stark zurückgegangen. Der letzte gelungene Überfall auf ein Handelsschiff erfolgte 2012. In namentlicher Abstimmung entschied wir auf Antrag der Bundesregierung über die Absicherung einer fortgesetzten deutschen Beteiligung an der erfolgreichen Operation. Die Personalobergrenze wird dabei verringert. Somalia bleibt allerdings eines der größten humanitären Krisengebiete. ATALANTA ist dabei neben Einsätzen wie EUTM Somalia oder der zivilen EUCAP NESTOR-Mission Teil einer Strategie, um den Aufbau eines funktionierenden Staates zu unterstützen und dadurch Ursachen für Armut und Flucht zu beseitigen.

3- Relevantes aus Mannheim und Region

40 Millionen Euro Städtebauförderung durch den Bund in Mannheim

Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Florian Pronold MdB, informierte mich in einem Schreiben über die Höhe der Bundesmittel an der Städtebauförderung in Mannheim.

Bei der Städtebauförderung handelt es sich um eine äußerst erfolgreiche und bewährte Gemeinschaftsleistung von Bund, Ländern und Kommunen. Seit 2014 wurden die Bundesmittel hierfür von 455 Millionen auf 700 Millionen erhöht. Das Projekt untergliedert sich in die Programme „Sanierung und Entwicklung West“, „Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“ und „Zentrenprogramm“. Durch die Bundesförderung werden die Länder und Kommunen bei der Bewältigung des demografischen und ökonomischen Wandels unterstützt. Bis zum Jahr 2015 – hierbei handelt es sich um die neusten Zahlen- hat der Bund beispielsweise über 6 Millionen Euro für die Sanierung und Entwicklung der westlichen Unterstadt in Mannheim beigesteuert. Ebenfalls über 6 Millionen Euro flossen in die Erweiterung der Humboldtstraße in der Neckarstadt-West. Mit deutlich über vier Millionen Euro wurde die Industriebrache auf der Friesenheimer Insel gefördert. Über 5 Millionen flossen in die Maßnahme „Schönau-Mitte“ und über 2 Millionen Euro in das Projekt Rainweidenstraße. Das Glückstein-Quartier wurde im Rahmen des Programms „Stadtumbau West“ mit über 2 Millionen Euro unterstützt. Die Maßnahmen „Innenstadt/Planken“ und „Käfertal/Zentrum“ wurden als Teil des Zentrenprogramms mit jeweils über einer Million Euro gefördert.

Insgesamt beläuft sich die Beteiligung des Bundes an Mannheimer Projekten über 40 Millionen Euro.

Der Bund hat die Mittel der Städtebauförderung in den Eckwerten zum Haushalt 2017 auf 300 Millionen pro Jahr aufgestockt. Ich bin erfreut über die positive städtebauliche Entwicklung in

Mannheim. Dennoch besteht weiterhin Investitionsbedarf. Ich werde mich daher mit aller Kraft dafür einsetzen, daß der Bund Mannheim auch in Zukunft mit einem hohen Anteil fördert. Nur wenn wir optimale städtebauliche Voraussetzungen vorweisen, können wir mit anderen dynamischen Städten in Deutschland mithalten.

Karl von Drais-Schule zu Besuch in Berlin

18 Schüler der Karl von Drais-Schule besuchten auf meine Einladung hin mit ihren Lehrkräften Linda Schmitt und Jakup Agkin den Deutschen Bundestag. Der Besuch begann mit einem Informationsvortrag auf der Besuchertribüne des Plenarsaals. Die Schüler wurden nicht nur über parlamentarische Abläufe und Gebräuche informiert, sondern auch über die Historie des Gebäudes. Daran schloß sich ein Gespräch mit mir an, in dem der Tagesablauf eines Abgeordneten während einer Sitzungswoche erläutert wurde sowie die Aufgaben eines Abgeordneten sowohl in Berlin als auch im Wahlkreis. Die Schüler hatten Gelegenheit, mir zahlreiche Fragen zu aktuellen politischen Themen zu stellen und interessierten sich insbesondere für die Schwerpunkte Auswärtiges und Menschenrechte sowie für meinen Einsatz für Mannheim. Nach dem Gespräch besichtigten die Schüler die Reichstagskuppel, von der sich ein beeindruckender Blick über Berlin bot. Ein Abendessen im Besucherrestaurant des Deutschen Bundestages rundete den spannenden Besuch ab.



Aufruf zur Teilnahme am 34. Parlamentarischen Patenschafts-Programm

Ich rufe zur Teilnahme am 34. Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) des Deutschen Bundestages für das Jahr 2017/2018 auf. Es richtet sich an Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 bis 17 Jahren und an junge Berufstätige und Auszubildende bis 24 Jahre. Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des Kongresses der USA, in dessen Rahmen seit über 30 Jahren rund 360 Schülerinnen und Schüler jährlich aus

Deutschland in die Vereinigten Staaten reisen. Die Stipendiaten des PPP leben ein Jahr lang in Gastfamilien, besuchen Schulen und absolvieren Praktika in Betrieben.

In den vergangenen Jahren habe ich schon häufig Patenschaften für Schülerinnen und Schüler und junge Erwachsene im Rahmen dieses Programms übernommen. Das Programm bietet den Teilnehmern eine gute Gelegenheit, die Vereinigten Staaten kennenzulernen. Es hat positive Auswirkungen auf deren berufliche und persönliche Entwicklung. Die Stipendiaten übernehmen als junge Botschafter Deutschlands in den USA eine wichtige Rolle. Die Bewerbung für das Parlamentarische Patenschafts-Programm 2017/2018 läuft noch bis zum 16. September 2016. Informationen zum Austauschprogramm stehen auf www.bundestag.de/ppp zur Verfügung.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an:

*Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91
E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de*